

mehr als in der Regierungsvorlage durch die Veredelung der Matrikularkosten vorgesehen war. Die Schaffung eines Kinderprivilegs in dem Gesetz entspricht einem Zentrumsantrag, wonach bei einem steuerbaren Vermögen von weniger als 100 000 Mark die Steuer sich für den Steuerpflichtigen um je 5 Prozent für das dritte und jedes weitere minderjährige Kind ermäßigen soll. Daum ein Zweifel kann auch noch darüber bestehen, daß der Bundesrat die Reichsvermögenszuschüsse aus der Hand des Reichstages annehmen wird. Wenn er Realpolitik treiben will, bleibt ihm einfach nichts anderes übrig.

Das bairische Kultusministerium erteilte die Genehmigung zur Niederlassung von acht Franziskanerpatern in Nürnberg.

— Französische Empfindlichkeit. Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht folgenden Tagesbericht: Zum Regierungsjubiläum Seiner Majestät des Kaisers und Königs sind von freunden Souveränen und Staatsoberhäuptern Glückwünsche in so großer Zahl eingetroffen, daß davon abgesehen werden ist, diese Telegramme und die darauf entgangenen Antworten zu veröffentlichen. Darunter befindet sich auch ein sympathischer Glückwunsch des Herrn Präsidenten der französischen Republik. Durchaus irrig ist, wie wir feststellen konnten, die Angabe eines Pariser Blattes, dieses Telegramm sei in Berlin übersehen worden und nicht in die Hände des Kaisers gelangt. Das Telegramm des Herrn Präsidenten ist am 15. d. M. eingegangen und von Seiner Majestät noch an denselben Tag beantwortet worden.

— Hausbesitz und Behebeitrag. Nach den Kommisionsbeschlüssen ist beim Haus- und Grundbesitz nicht das Prinzipielle des Mietvertrages, wie viele Hausbesitzer annehmen, sondern das Prinzipielle nach Abzug von einem Zinsfuß zugrunde zu legen. Infolgedessen ergibt ein Grundstück, das einen durchschnittlichen Mietvertrag von 14 000 Mark hat, nicht, wie der Artikel berechnet, einen Ertragswert von 280 000 Mark sondern von 280 000 Mark minus 16 000 Mark, also in Wirklichkeit nur von 224 000 Mark, das heißt 26 000 Mark weniger, als nach den Berechnungen des Artikels „der gemeine Wert“ geschäfft werden müßte. Bei 27 000 Mietvertrag ergibt sich nicht ein Ertragswert von 552 000 Mark, sondern von 552 000 Mark minus 110 400 Mark, also im ganzen 441 600 Mark. Der zweite Fall betrifft Grundstücke mit einem Überschuss von 1½ Prozent, der nicht die Regel bildet. Wahrscheinlich ist für den städtischen Grundbesitz die Berechnung des ersten Falles, da in der Regel nur 1 Prozent Überschuss gerechnet werden kann. Hierauf entspricht die Kommisionsfassung in dieser Richtung allen berechtigten Wünschen, die vom Hausbesitz erloben werden können. Am übrigen darf nicht übersehen werden, daß der gemeine Wert von dem weitans übergreifenden Teile des städtischen Hauses und Grundbesitzes deshalb abgelehnt wird, weil die Einschätzung zum gemeinen Wert durch die Steuerbehörde in keiner Weise die Gemäßigen Ueberschätzungen bietet. Die Erfahrungen haben bewiesen, daß der eingeschätzte gemeine Wert in sehr vielen Fällen über den Ertragswert weit hinausgeht, und daß droße Unsicherheiten, Ungleichmäßigkeiten und Verschiedenheiten der Schätzungen bei gleichen Objekten nicht zu vermeiden sind. Dieser Unsicherheit und Willkürlichkeit will sich der Haus- und Grundbesitz nicht überantworten, und aus diesem Grunde weht er sich gegen die Einschätzung nach dem gemeinen Wert.

— „Zusammenbruch einer Zentrumsgesellschaft.“ Die „Münchner Post“ vom 17. Juni berichtet „von einem großen Bau in Nürnberg, der den Namen Humboldthäle trägt und eine Zentrumsgesellschaft im Interesse der in Nürnberg angeblich gefährdeten Religion“ sein soll. Dieses Zentrumsgesellschaften sei jetzt in Siedlungsschwierigkeiten. Wir wissen nicht, inwieweit diese Nachricht auf Wahrheit beruht. Interesse werden ihr jedenfalls die Leser der Sozialblätter nicht entgegenbringen. Dagegen dürfte sie es sehr interessieren, daß das mit ihrem Gelde gebaute Volkshaus in Köln im vorigen Jahre und das in Hagen i. W. jetzt in Konkurrenz geraten sind. Warum sagt die „Münchner Post“ ihren Lesern nichts davon?

## Aus dem Auslande

### Oesterreich-Ungarn

Den diesjährigen Delegationen werden neue militärische Forderungen unterbreitet werden. Die Heeresverwaltung wird eine Erhöhung des Rekrutenkontingents um etwa 15 000 Mann und für beide Landstreitkräfte um 10 000 Mann beantragen. Die Erhöhung des Kontingents wird stufenweise in mehreren Jahresabsätzen erfolgen. Im Jahre 1917 wird sich dann der Rekrutenstand auf 237 500 Mann belaufen. Die Marineverwaltung wird Geldmittel für Erhabbauten der Monarchie beanspruchen.

### Belgien

Der belgische Senat hat die bereits von der Kammer angenommene Militärvorlage der Regierung genehmigt. Vorher fand eine Debatte über die Einführung der einjährigen Dienstzeit statt, wobei Ministerpräsident de Broqueville die Hinweise der Linken auf das schweizerische Milizsystem zurückwies. Der Vorschlag der einjährigen Dienstzeit wurde alsdann mit bedeutender Mehrheit abgelehnt.

### Bulgarien

Die bulgarische Regierung gibt in ihrer Antwort auf die serbische Note, in der die Revision des Bündnisvertrages verlangt wird, ihrem lebhaften Bedauern und ihrer Verkürzung darüber Ausdruck, zu sehen, daß Serbien die verbindliche Kraft des Vertrages nach geschichtlichen Ereignissen bestreite, die das aus der Initiative Bulgariens hervorgehende Bündnis befestigen sollen. Es steht außer Zweifel, daß Bulgarien, indem es das Gross der türkischen Streitkräfte zerstörte, mehr als seine Vertragspflicht getan habe. Bezüglich der Kompensationsforderungen, die mit der Tatsache begründet würden, daß Bulgarien mehr Gebiet im Osten erlange, während Serbien solches im Westen verliere, so laufe diese Forderung dem geheimen Aufabkommen zuwider, das die äußerste Grenze

der beiderseitigen Erwerbungen im Osten von der Struma und vom Rhodopegebirge, im Westen und Norden von Schardagh nichts bestimme. Griechenland an der Teilung der strittigen Gebiete teilnehmen zu lassen, besteht kein Grund, da die griechischen Ansprüche auf Gebiete abzielten, die entweder unzweifelhaft griechisches oder mazedonisches Gebiet seien, auf das Serbien keinen Anspruch zu erheben sich verpflichtet habe. Was die territorialen Ansprüche Montenegros betreffe, so erklärt Bulgarien, in dieser Beziehung kein Interesse zu haben. Wenn Bulgarien noch langen und feindlichen Feinden es akzeptiert habe, Ansehungen bezüglich eines Teiles Mazedoniens zugelassen und dessen Schied dem Schiedsspruch des Rates anzutrauen, so sei dies geschehen, um den Leidern der Volksgruppen ein Ende zu bereiten, und weil es Vertrauen habe zu dem hohen Gerechtigkeitsinne des Schiedsrichters. Serbien sei, bevor es noch die Ergebnisse des Friedens kannte, bereits in der Absicht vorgegangen, sein Gebiet in Mazedonien zu vergrößern, wie ein bereits vor dem Kriegsausbruch an die serbischen Vertreter im Auslande gerichteter Geheimerlaß beweise, der die Unterschrift des Ministerpräsidenten Pasitch trage. Schließlich wendet sich die Note mit aller Energie und Festigkeit gegen jede Revision des Bündnisvertrages oder einer neuen Verteilung des eroberten Gebietes. Die Regierung richtet an die serbische Regierung einen brüderlichen Appell, die Bedingungen des Vertrages ehrfürchtig aufrechtzuhalten und in den Verzug auf sein Revisionsbegehren einzustimmen, indem es sich hinsichtlich der Teilung der strittigen Zone auf die Entscheidung des obersten Schiedsrichters verlässe, die in kürzester Frist erfolgen müsse.

### Rußland

Der Kulturmampf in Russland, unter dem die russischen Katholiken leiden, ist seit dem Weltkrieg verschärft worden. Unter dem Schutz der Regierungsbürokratie führt besonders der orthodoxe Bischof von Warschau einen erbitterten Kampf gegen die katholischen Organisationen, die in seinem Sprengel ihren Sitz haben. Die marianischen Kongregationen wurden bereits aufgehoben, ebenso die caritativen Werke der katholischen Vereinigung in Warschau. Die Benediktiner, die sich im Süden des Reiches dem religiösen Unterricht widmen, sind fortwährend allerlei Schikanen von Seiten der Gouvernements ausgesetzt. Es ist den katholischen Geistlichen verboten, Kinder aus gemischten Ehen zu taufen, oder gemischte Ehen einzugehen. Dagegen findet die Sekte der Mariawiten, die sich vor mehreren Jahren von der katholischen Kirche trennte, weitestgehende Begünstigung, und katholische Priester, die gegen die Agitation dieser Sekte auftreten, werden genahmelt. Der Kulturmampf greift über die Grenzen Russlands hinaus. Mit ihm verbündet sich eine scharfe orthodoxe Propaganda. So werden aus Galizien und aus anderen Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie zahlreiche Kandidaten der orthodoxen Theologie in russische Priesterseminare berufen, wo sie für die Propaganda eigens vorbereitet werden und eine besondere Ausbildung als Missionare unter den Katholiken ihrer Heimat erhalten. Wallfahrten aus Galizien nach Russland werden veranstaltet und orthodoxe Erzbischöfe und Ärzte in großer Anzahl in Galizien und Ungarn verbreitet. Der griechisch-katholische Erzbischof von Lemberg hat Maßregeln getroffen, um der russischen Propaganda entgegenzuwirken.

### Australien

— Eine Kabinettokrisis. Infolge der Tatsache, daß die Bundesregierung bei den letzten Wahlen eine Niederlage erlitten hat, hat der Premierminister Fisher seine Entlassung eingereicht.

## Aus Stadt und Land

Dresden, den 21. Juni 1913

— Se. Majestät der König gedenkt, heute abend beim Staatsminister a. D. Dr. v. Rüger in Wachwitz das Diner einzunehmen.

— Offizielle Sitzung des Kreisausschusses findet Freitag, den 27. Juni, mittags 12 Uhr, im Sitzungssaale der Königl. Kreishauptmannschaft, Schloßstraße 34/36, 2. Gesch., statt.

— Königin-Carola-Gedächtnissitzung. Dem Stiftungsrate ist vom Ministerium des Innern die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie im Jahre 1913 für das Königreich Sachsen erteilt worden.

— Walderholungsstätte. Die Konzertsängerin Fräulein Lotte Kreisler wird in nächster Woche den Besiegungen der Walderholungsstätte im Plauenschen Grunde eine musikalische Vorführung bieten. Gäste sind zugelassen. Eintritt frei.

— Der Sächsische Kunstverein erhielt soeben seinen Jahresbericht für 1912, der ein Bild von der regen Tätigkeit dieses Vereins entrollt. Das bedeutendste künstlerische Ereignis war die Ausstellung von modernen Kunstschriften aus Privatsammlung, die 629 Bilder und 39 Skulpturen umfaßte. Der Besuch der Ausstellung ließ allerdings zu wünschen übrig, doch war der künstlerische Erfolg ein überzeugender. Außerdem wurden noch 20 Sonderausstellungen veranstaltet. Im ganzen gelangten 2562 Kunstgegenstände und zwar 1849 Gemälde, 460 graphische Werke und 253 Skulpturen zur Ausstellung. Verkauft wurden 199 Werke im Werte von 58 011 Mark. Die Vereinsgabe für 1912 bestand aus einem künstlerisch ausgestatteten Kalender, während für das Jahr 1914 eine Plakette vorgeschlagen wird, für deren Beschaffung ein Preisauktionsschreiben erlassen werden soll. Der Verband deutscher Kunstvereine hielt im Juni 1912 eine Versammlung in Dresden ab, bei welcher Gelegenheit eine Ausstellung von Vereinsblättern stattfand. Die Zahl der Mitglieder ging leider abermals zurück und zwar von 2673 und 2527. Die Einnahmen betrugen 44 980,39 Mark, die Ausgaben 44 464,76 Mark.

— Der Landeskulturrat hat in den letzten Tagen wiederum eine Anzahl bedeutsamer Maßnahmen zum Nutzen der sächsischen Landwirtschaft getroffen. U. a. hat

er eine Herbstprüfung von Landwirtschaftslehrlingen auch für dieses Jahr wieder in Aussicht genommen. Die Anmeldung der Prüflinge ist bis zum 1. August d. J. an den Landeskulturrat, Dresden-N., Sidonienstraße 14, zu richten, von wo auch Prüfungsordnungen und Fragebogen zu beziehen sind. Ferner übernimmt der Arbeiternachweis des Landeskulturrates auch in diesem Jahre wieder die Vermittlung von zur Reserve entlassenen Mannschaften als landwirtschaftliche Arbeiter. Diejenigen Landwirte, die in diesem Herbst einen oder mehrere Reservebeamten als Kutscher, Dienstleute, Stallschweizer und sonstige landwirtschaftliche Arbeiter oder Gehilfen einzustellen beabsichtigen, wollen das „Arbeiternachweis des Landeskulturrates in Dresden-Alstadt, Sidonienstraße 14“ unter Angabe des zu gewährenden Lohnes und der zu verrichtenden Arbeiten sofort mitteilen. Schließlich teilt das Amtsblatt des Landeskulturrates noch mit, daß nach einer Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern in jeder Amtshauptmannschaft 5 Prozent der bei den Hauptförderungen für die allgemeine Verwendung angeforderten Bulle mit Preisen von je 30 Mark ausgezeichnet werden, sofern die auszeichnenden Tiere ein Jahr nach der Röting sich noch im zuchtfähigen Zustand befinden und in dem Orte der Zucht gebildet haben, für den sie angeführt worden sind. Beneukt sei übrigens noch, daß auch die landwirtschaftlichen Kreisvereine fortgesetzt eine erfreuliche Tätigkeit im Interesse der sächsischen Landwirtschaft entfalten, so fanden in den letzten Tagen wiederum mehrfach Preistierschauen, verbunden mit Zuchtmärkten statt, die in zufriedenstellender Weise verliefen. — Der Landeskulturrat wird am Freitag den 4. Juli d. J. von vormittags 9 Uhr ab auf dem Kammergut Gorbitz bei Dresden eine öffentliche Vorführung von elektrisch betriebenen Strohpresen für mittlere und kleinere Betriebsgrößen veranstalten, um den sächsischen Landwirten Gelegenheit zu geben, die verschiedenen Systeme nebeneinander im Betriebe kennen zu lernen. Eine größere Anzahl von Fabrikanten hat auch ihre Presen zu dieser Schau angemeldet.

— Der Postenamt für die Dresdner Elbbüden (Postenstation bei Anton) wird am 1. Juli d. J. aufgehoben. Von diesem Zeitpunkte ab werden Schiffer, die Bedenken tragen, allein durch die Dresdner Brücken zu fahren, nach freier Vereinbarung einen Haupt annehmen müssen.

— Vorläufiges Ergebnis der Zählung der Schweine am 2. Juni 1913. Das vorläufige Ergebnis dieser Zählung im Königreiche Sachsen stellt sich auf 661 557 Schweine. Das vorläufige Ergebnis der Zählung vom 2. Dezember 1912 ist 655 300. Der Bestand an Schweinen hat also im letzten halben Jahre bereits um nahezu 1 Prozent zugenommen.

— Unfälle. Am Donnerstag brach beim Abriss der Löwenapotheke der Maurer Hentschel mit einem 1½. Gr. schweren Stein durch das Gerüst und zog sich beim Sturz schwere innere Verletzungen zu. — Der 6 Jahre alte Schulknabe Thiele stürzte auf eine Planke in der Nähe eines Neubaus an der Ecke der Wächterstraße in Vorstadt Trachau. Er rutschte dabei ab und stürzte in einen Behälter mit frisch gelöschtem Kali. Dabei zog er sich Brandwunden zu.

— Bei der hiesigen Polizeidirektion fanden im Mai 8 Selbstmorde und 27 Selbstmordversuche zur Anzeige.

— Ein Vauunfall traf sich am Donnerstag bei den Abrissarbeiten der ehemaligen Löwenapotheke zu. Beim Transport eines Steinblocks wurde der auf der Ludwig-Richter-Straße 21 wohnende Maurer Hermann Hentschel so erheblich an der Brust verletzt, daß er in bewußtem Zustande nach dem Krankenhaus Friedrichstadt gebracht werden mußte.

— Eine Anzahl Einbrecher entfalten jetzt hier eine lebhafte Tätigkeit. Als gestern abend zwei Damen in ihre Wohnung auf der Ziegelstraße zurückkamen, fanden sie die Tür mit einem Stemmisen aufgesperrt, während Rösten und Schubladen durchwühlt waren. Den Dieben sind verschiedene Schmucksachen, Uhren usw. in die Hände gefallen. Weiter wurden noch Einbrüche in die Filiale einer Waschanstalt in der Leipziger Straße und in das Konto einer Rohproduktionshandlung am Ostrauer verübt. In dem einen Hause wurden Geldbeträge sowie Kleidungsstücke und in dem anderen Hause verschiedene Gebrauchsgegenstände gestohlen.

Bautzen, 20. Juni. (An zwei Sonderzügen) trafen heute eine große Anzahl Fahrzeuge, Munitionswagen usw. des nach Bautzen in Garnison kommenden Birnaer Feldartillerieregiments Nr. 28 hier ein und wurden nach der neuen Artillerieaserne überführt. Der Einzug des Regiments in die neue Garnison Bautzen erfolgt am 16. Juli. Birna verlässt das Artillerieregiment bereits am 26. d. M. und begibt sich zunächst nach Zeithain zu größeren Übungen. Von dort begibt sich das Regiment am 16. Juli direkt nach Bautzen.

Chemnitz, 20. Juni. (Die Einverleibung von Borna in das Chemnitzer Stadtgebiet wird voraussichtlich Mitte Juli d. J. erfolgen).

Chemnitz, 20. Juni. (Stadtbaurat Harms †.) Heute früh starb hier im Alter von 45 Jahren der Stadtbaurat Harms. Er ist der Schöpfer der Neunzehnhainer Talsperre; überhaupt hat er an der Wasserbeschaffung der Stadt Chemnitz großen Anteil. Die Neubefestigung des Chemnitzflusses am Falkenplatz sowie die Anlage des Bebauungsplanes von Groß-Chemnitz ist zum Teil sein Werk.

Glaßhütte, 20. Juni. (Beide Beine gebrochen) wurden in Niederschönitz einem elfjährigen Knaben, der von einem rasch laufenden Automobil überschlagen wurde. Die Insassen des Automobils brachten den schwerverletzten Knaben in ihrem Wagen zu einem hiesigen Arzte, der das Kind in Behandlung nahm.

Großenhain, 21. Juni. (Schärf geschossen) wurde auf einen Personenzug der Strecke Großenhain-Cottbus zwischen den Stationen Ruhland und Senftenberg. Die Kugel hat glücklicherweise nur zwei Fenster zertrümmert.

Johanneumstadt, 20. Juni. (Eine Schmugglerbande) aus Böhmen versuchte, in versteckten Huden die